



FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST

Newsletter des Juso-Bezirks Braunschweig - April 2009

**Für ein soziales Europa
am 7. Juni:
SPD wählen!**

Liebe Leserinnen und Leser,

am 7. Juni 2009 wird ein neues Europaparlament gewählt.

Diese Wahl ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (kurz Jusos) sehr wichtig: In Europa werden die Weichen für unser politisches, gesellschaftliches und soziales Miteinander gelegt.

Deshalb ist es wichtig, dass viele von Euch auch zur Wahl gehen:

Mit Eurer Stimme könnt Ihr entscheiden, wie Europa zukünftig aussehen soll!

Für uns Jusos steht im bevorstehenden Europawahlkampf eine Kernforderung fest:

Der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion muss eine europäische Sozialunion vorangehen, die den Mensch in den Mittelpunkt der Politik stellt.

Dafür werden wir kämpfen!

Viel Spaß beim Lesen,

Eure FAUST-Redaktion

Für Europa: Stark und sozial!

Unter dem Motto „Für Europa: Stark und sozial!“ setzen wir Jusos klare inhaltliche Akzente im bevorstehenden Europa-Wahlkampf. Die Bevölkerung erwartet von der Politik Antworten auf die Frage, wie Europa in Zukunft aussehen soll. Wir geben Antworten!

Für ein „Soziales Europa“!

Europa darf keine reine Wirtschaftsgemeinschaft sein. Deshalb erteilen wir dem marktliberalen Modell der Konservativen und Liberalen eine klare Absage. Die Europäische Politik muss so gestaltet werden, dass nicht der Markt sondern die Interessen der Menschen im Mittelpunkt aller Entscheidungen stehen. Deshalb müssen alle Entscheidungen auf EU-Ebene auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden.

Für eine Europäische Sozialunion!

Der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion muss eine europäische Sozialunion vorangehen, die den Mensch in den Mittelpunkt der Politik stellt. Ein europäischer sozialer Stabilitätspakt muss Teil dieser Sozialunion sein, bei dem gemeinsame europäische Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben geregelt werden. Des Weiteren muss die öffentliche Daseinsvorsorge nicht wie unter dem langjährigen einseitigen Zwang zur Liberalisierung abgebaut sondern ausgebaut werden. Wir treten auch ein für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter sowie gegen Diskriminierung von Minderheiten.

Für Europäische Mindestlöhne!

Der Konkurrenzkampf um gute Arbeitskräfte macht auch nicht im so genannten Billigsektor halt. Deshalb muss es einen europäischen Pakt gegen Lohndumping geben. Menschen müssen von Ihrer Vollzeitarbeit auch in Würde leben können! Deshalb fordern wir die Einführung eines Europäischen Mindestlohnes, der sich am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert. Ein solcher gesetzlicher Mindestlohn muss folgerichtig auch in Deutschland eingeführt werden!



(© European Parliament)

Für Gute Arbeit für Europa

Unser Leitbild der „Guten Arbeit“ wollen wir in der Europäischen Union verankern. In ganz Europa muss gelten, dass gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche und gleichwertige Arbeit umgesetzt werden! Dazu müssen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa ausgebaut werden. Hierzu ist ein verbindliches Europäisches Recht auf Mitbestimmung im Unternehmen einzuführen!

William Labitzke

FAUST-Interview mit dem SPD-Europakandidaten Matthias Wehrmeyer: „Europa muss sozialer werden!“

Matthias Wehrmeyer, der SPD-Kandidat für die Europawahlen am 7. Juni 2009, stand der Faust-Redaktion für ein Interview zur Verfügung. Der 52jährige studierte in Göttingen Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften und lebt heute in Peine. Er ist Leiter der Landesversorgungsverwaltung und sitzt im Peiner Stadtrat.

Jusos: Warum kandidierst du für das Europäische Parlament?

Matthias Wehrmeyer: Ich möchte daran mitwirken, Europa sozialer zu gestalten. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Einem einseitig marktliberalen Modell von Europa erteile ich eine klare Absage. Für mich steht in Europa nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt.

Jusos: Wie stellst du dir die Umsetzung einer sozial gerechten Politik der EU vor?

Matthias Wehrmeyer: Der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion muss eine europäische Sozialunion in gleichem Rang zur Seite gestellt werden. Mit einem europäischen Pakt gegen Lohndumping möchte ich gemeinsam mit der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament dafür sorgen, dass in allen EU-Mitgliedstaaten existenzsichernde Mindestlöhne gelten. Wir wollen, dass auch

in Deutschland ein flächendeckender und branchenspezifischer gesetzlicher Mindestlohn gilt.

Jusos: Die aktuelle Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen treffen vor allem die sozial Schwächeren. Wie soll deiner Meinung nach die EU vorbeugende Maßnahmen ergreifen, um solche Krisen im Vorhinein abzuwehren?

Matthias Wehrmeyer: Die SPE-Fraktion will zukünftig die Banken- und Finanzmarktaufsicht europäisch und international weiter stärken. Der Internationale Währungsfonds (IWF) muss dabei zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft gemacht werden. Wir fordern strengere Anforderungen und Transparenzvorschriften für das Risikomanagement und die Eigenkapitalvorsorge von Banken. Wir wollen, dass Risiken zukünftig eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen werden müssen. Bei der Weitergabe von Kreditrisiken fordern wir, dass Finanzinstitute 20 Prozent des Risikos selber weiter tragen.

Jusos: An den europäischen Grenzen spielen sich täglich dramatische und menschenunwürdige Ereignisse ab. Flüchtlinge werden auf offenem Meer beim Versuch der Einreise in die EU zum Kentern gezwungen und sich selbst überlassen. Wie sieht für dich



Matthias Wehrmeyer

eine gerechte europäische Asylpolitik aus?

Matthias Wehrmeyer: Dieses Problem darf nicht länger von den Nationalstaaten jeweils einzeln geregelt werden. Es bedarf vielmehr einer einheitlichen europäischen Regelung. Daher wollen wir es stärker gemeinsam europäisch regeln. Neben den ökonomischen Interessen Europas müssen dabei entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aspekte sowie die Interessen der Herkunftsländer und der Migrantinnen und Migranten beachtet werden.

Jusos: Matthias, vielen Dank für dieses Interview

Das Interview führte Enrico Hennig

Nachhaltiger ökologischer Fortschritt in Europa!

Gute Arbeit, Wirtschaft, und Umwelt sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Nur wenn wir die Probleme der Versorgungssicherheit mit unseren endlichen Rohstoffen lösen sowie die festgesetzten Klimaschutzziele erfüllen, können wir für einen nachhaltigen Fortschritt für alle sorgen!

Eine nachhaltige Politik erfordert, dass soziale und ökologische Interessen vor ökonomische gestellt werden: Soziale und ökologische Standards in den EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht zu Gunsten des Marktes geopfert werden!

Europa muss seine Vorreiterrolle im internationalen Klima- und Umweltschutz erfüllen und darüber hinaus weitreichende Klimaschutzziele festsetzen und international durchsetzen.

Die Europäische Union muss stärkere Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur tätigen, um Energieeffizienz und technologischen Fortschritt zu fördern.

Europa muss eine ökologische Industriepolitik entwickeln. Dazu sind Ziele

festzusetzen sowie weitreichende Investitionen in Umwelttechnologien und erneuerbare Energien nötig.

Europa muss einen gemeinsamen Weg aus der Atomenergie finden. Störfälle bei sicher geglaubten europäischen Kernkraftwerken sind eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Und ein riesiges Problem bleibt: Weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll. Wir brauchen eine europäische Lösung für die Entsorgung und die Endlagerung von Brennstoffmaterial aus der Kerntechnik.

William Labitzke

Kommentar zur Wirtschaftskrise

Von Enrico Hennig

Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt eindeutig, dass die neoliberale Ideologie der letzten Jahre ge-



scheitert ist. Dennoch gilt es festzuhalten, dass Gewinne auch nach den ersten Auswirkungen der Finanzkrise weiterhin privatisiert, Verluste hingegen sozialisiert werden.

Eine solche sozial ungerechte Politik trifft vor allem die Menschen, die die Krise nicht zu verantworten haben: Während systemrelevante Banken bei einer drohenden Insolvenz mit Hilfe von Steuergeldern aufrecht erhalten werden und die Verantwortlichen der Krise große Abfindungssummen für ihr Abtreten erhalten, wird die deutsche Schlüsselindustrie – also der Wirtschaftszweig, der den eigentlichen Mehrwert für die Gesellschaft erwirtschaftet - nicht ausreichend unterstützt. Erschwerend hinzu kommt, dass unzählige Menschen für das Fehlverhalten weniger bestraft werden: ZeitarbeiterInnen in Unternehmen werden nicht mehr eingesetzt, Stammbeschafteten werden zur Kurzarbeit gezwungen oder entlassen.

Der real existierende globalisierte Kapitalismus hat damit ausgedient und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte! Der einzige Weg ist für uns Jusos die Idee des demokratischen Sozialismus – so wie es auch die SPD in Ihrem Grundsatzprogramm fordert. Wir brauchen einen nachhaltigen Lösungsansatz, der eine Gesellschafts- und Wirtschaftsform vorsieht, bei der nicht das Kapital sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Um solch ein Modell dauerhaft installieren zu können, reicht allerdings eine verstärkte Kontrolle der Staaten allein nicht aus: Zusätzlich muss es unter anderem eine Kontrollfunktion innerhalb von Unternehmen in Form von starken Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betriebs- und Aufsichtsräten geben. Und das international!

Anforderungen an Bildung in Europa

Wir Jusos stellen folgende Anforderung an Bildung auf europäischer Ebene:

- Durch Bildung werden Menschen befähigt, wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungen zu erkennen. Sie vermittelt die Fähigkeit, eine eigene Meinung zu vertreten und diese zu begründen. Damit hilft Bildung zur Persönlichkeitsbildung bei und trägt auch zur beruflichen Qualifizierung bei.

- Die Bildungsinhalte in Ausbildung sowie Studium müssen sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren. Eine Orientierung an den Interessen der Wirtschaft lehnen wir ab, weil dadurch Bildungsinhalte vernachlässigt werden. Gerade diese Inhalte tragen aber entscheidend zur Persönlichkeitsbildung bei. Der emanzipatorische Gedanke muss einen entscheidenden Teil von Bildung ausmachen.

- Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Bildung. Bildung muss allen Menschen von klein auf frei und kostenlos zugänglich sein. Bildung junger Menschen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern muss eine gesamtgesellschaftliche Investition sein. Bildungsmittel müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- Die Wirtschaft muss in die Pflicht genommen werden und jedem Menschen eine Ausbildung bieten. Die Berufsausbildungen dürfen sich nicht nur auf ein Teilgebiet beschränken, sondern müssen die gesamte Spannweite des erstrebten Berufes abdecken. Deshalb lehnen wir Jusos die Zerstückelung der Ausbildung in Module ab. Ausbildung muss eine ganzheitliche Qualifizierung ermöglichen.



Nadine Hermann und Stefan Hillger

Wir fordern ein tolerantes Europa!

Das Eintreten für ein gemeinschaftliches Europa, dass jeglicher Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung eine Absage erteilt, kann nur unser Anspruch sein. Eine Kultur der Vielfalt steht für uns an erster Stelle.

Für uns Jusos hat Rechtsextremismus sowie Rassismus in Europa keinen Platz! Trotz intensiver Bemühungen existiert die Diskriminierung Homosexueller, Behinderter, Immigranten, Angehöriger anderer Religionen und weiterer Minderheiten nach wie vor. Ein Eintreten für soziale Werte ist aufgrund hoher Aktualität ganz besonders Aufgabe der Jugend, denn diese spiegelt die Zukunft Europas wieder.

Wir wollen Menschen für Europa begeistern, damit die Beachtung und Aufmerksamkeit für Europa in der Bevölkerung steigt. Der Europäische Einigungsprozess hat seit dem II. Weltkrieg einen großen Beitrag zur Integration und gegenseitigen Toleranz der Völker Europas beigetragen!

Wir fordern ein offenes Europa!

Eine Europäische Entwicklungshilfepolitik muss die Ursachen für Flucht beseitigen: Hunger, Armut, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und die Zerstörung der Umwelt weltweit muss seitens der EU in den ärmsten Ländern der Welt konsequent bekämpft werden. Hierzu sind Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, die Einführung sozialer und ökologischer Standards weltweit und Maßnahmen gegen den Klimawandel nötig.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Deshalb bedarf es einer menschenwürdigen Behandlung von Flüchtlingen und einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik. Flüchtlinge dürfen ihrem Schicksal nicht selbst überlassen werden.

Gerne spricht man von der Festung Europa: Manche europäische Staaten zwingen Flüchtlinge beim Versuch der Einreise in die EU auf offenem Meer zum Kentern. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame Asylpolitik mit einem europäischen Grundrecht auf Asyl.



Die politischen Organe der Europäischen Union

Die Europäische Kommission

Die Kommission besteht aus 27 Kommissaren, je einer kommt aus jedem Mitgliedsland. Für Deutschland ist das z.B. der sozialdemokratische Industriekommissar Günter Verheugen. Die Kommission hat v.a. exekutive Aufgaben, ist also mit der Ausführung von Politik beschäftigt. Da sie auch die Einhaltung der europäischen Verträge gewährleisten soll, wird sie oft als „Hüterin der Verträge“ bezeichnet.

Der Ministerrat

Der Ministerrat oder Rat der EU besteht aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedsstaaten (z.B. Finanzen, Umwelt oder Inneres). Der Rat hat sowohl legislative als auch exekutive Befugnisse, so die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In vielen Bereichen beschließt er gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Rechtsakte.

Der Europäische Rat

Hier treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten und legen einstimmig allgemeine Richtlinien für die gemeinsame Politik fest. Der Vorsitz wechselt alle sechs

Monate und liegt im ersten Halbjahr 2009 bei Tschechien.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH)

Der Gerichtshof soll das Zustandekommen von Rechtsakten und sowie die Anwendung der EU-Verträge kontrollieren. Die Aufgaben des EuGH ähneln in gewisser Weise denen des Bundesverfassungsgerichts.



(© European Parliament)

Das Europäische Parlament (EP)

Dies ist die Volksvertretung der EU. Sie wird alle fünf Jahre neu gewählt, das nächste Mal am 07. Juni 2009. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE; Fraktionsvorsitzender: Martin Schulz) ist mit 217 (von insgesamt 785) Abgeordneten, davon 23 aus Deutschland, augenblicklich die zweitgrößte im EP.

Benjamin Schmidt

Die Geschichte der Europäischen Union

Die Europäische Gemeinschaft hat ihre Wurzeln in der 1950 gegründeten Montan-Union. Hierbei unterstellten die BRD, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder ihre Kohle- und Stahlproduktion erstmals einer gemeinsamen Kontrolle. 1957 folgte der nächste Schritt, als in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet wurden. 1973 traten der Europäischen Gemeinschaft, wie sie nun hieß, Großbritannien, Irland und Dänemark bei. Die Mitgliederzahl erhöhte sich damit von sechs auf neun. Bereits im Juli 1979 fand die erste Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. In den 1980er Jahren kamen mit Griechenland, Spanien und Portugal drei weitere Staaten hinzu.

Ein Meilenstein auf dem Weg der politischen Einigung Europas war die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992, mit dem die Europäische Union gegründet wurde. Dieser sah u.a. eine Stärkung der politischen Gemeinschaft und die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Währung vor.

Nachdem auch Österreich, Schweden und Finnland der Union beigetreten waren, wurde seit 1999 in mittlerweile 16 Staaten der Euro eingeführt. Schließlich fand 2004 und 2007 die größte Erweiterung der Geschichte statt, als mit Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern gleich 12 Länder der EU beitraten und sie auf 27 Mitglieder wachsen ließen. Zurzeit werden außerdem Beitrittsgespräche mit Kroatien und der Türkei geführt.

Benjamin Schmidt

Impressum



Herausgeber:

Juso-Bezirk Braunschweig
www.jusos-braunschweig.de
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-48098-0

V.i.S.d.P.: William Labitzke
Redaktion: William Labitzke,
Stefan Hillger, Nadine Hermann,
Enrico Hennig, Arkadiusz
Szczesniak, Benjamin Schmidt
Fotos: William Labitzke, SPD,
European Parliament
Druck: Lebenshilfe Braunschweig
Auflage: 5.000 Exemplare

Jusos in deiner Stadt:

Jusos Stadt Braunschweig
www.jusos-bs.de
Kontakt: 0531-4809821
Treffen: jeden Mittwoch um 19 Uhr
Ort: Schloßstraße. 8 im Magniviertel

Jusos Gifhorn
Kontakt: 05371-3655
Treffen: jeden Montag, 18:15 Uhr
Ort: Streinweg 11 / GF-Stadt

Jusos Goslar
www.juso-ub-goslar.de
www.jusos-badharzburg.de
Kontakt: 05321-709516

Jusos Helmstedt
www.jusos-helmstedt.de
Kontakt: 05351-599827

Jusos Osterode
www.jusos-osterode.de
Kontakt: 05522-315713

Jusos Peine
Kontakt: 05171-5068310

Jusos Salzgitter
www.jusosoz.wordpress.com
Kontakt: 05341-43082

Jusos Wolfenbüttel
www.jusos-wf.de
www.jusos-schoepenstedt.de
Kontakt: 05331-46097

Jusos Wolfsburg
www.jusos.spd-wolfsburg.de
Kontakt: 05361-15175

Kommentar zur Europawahl

Von Enrico Hennig

Allgemeine Politikverdrossenheit ist vorherrschend, wenn es um die Europawahl geht. Die Bürger klagen zu Recht an, dass zurzeit zu viel Bürokratie innerhalb der EU herrscht und nur auf Belange der Wirtschaft eingegangen wird.

Genau das ist der entscheidende Punkt: Europa ist eine faszinierende Idee von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Frieden. Seit nunmehr über 60 Jahren gibt es keine kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Staaten der europäischen Gemeinschaft. Wir brauchen daher nicht weniger sondern mehr Europa, aber anders. Denn Europa wird momentan schlecht regiert! Es wird rechts regiert von Fraktionen aus den konservativen und wirtschaftsliberalen Lagern. Es wird Zeit, dass sich die Mehrheitsverhältnisse ändern, damit soziale Fragen Vorrang vor der Freiheit der Märkte haben.

Ich unterstütze die SPD, da sie Forderungen an ein sozial gerechtes Europa stellt, in dem die Interessen der Menschen vor den Interessen der Wirtschaft liegen. Sie fordert einen europäischen Mindestlohn für menschenwürdige Arbeit, einheitliche europäische Unternehmensbesteuerungen, damit Belegschaften verschiedener Länder nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Sie fordert außerdem eine nachhaltige gesamteuropäische Umweltpolitik, die auf erneuerbare Energien setzt und eine menschengerechte Einwanderungs- und Asylpolitik.

Gemeinsam können wir Europa zum Besseren verändern.
Darum:

Am 7. Juni SPD wählen!

Zerschlagung einer Schulform G8 jetzt auch an Gesamtschulen

In Niedersachsen ist die Hölle los. Warum? Christian Wulff und seine Kultusministerin Heister-Neumann wollen die Integrierten Gesamtschulen zerschlagen. Die Schulform, die bei Eltern, Schülerinnen und Schülern am meisten gefragt ist.

Es ist kaum ein Jahr vergangen, da hat die Landesregierung das Abitur nach acht Jahren an Gymnasien eingeführt. Sie dachten, mehr Leistungsdruck, würde den Gymnasien einen Vorteil im Wettbewerb gegenüber den Gesamtschulen geben. Falsch gedacht! Die Anmeldezahlen an Gesamtschulen, die sie schon zuvor nicht zu bewerkstelligen waren, schossen in die Höhe. Überall im Land wollen die Kommunen neue Gesamtschulen bauen, trotz des Errichtungsverbotgesetzes, das ja eigentlich die Errichtung neuer Gesamtschulen verhindern sollte. Selbst in Braunschweig, unter dem Oberbürgermeister Hoffmann, wird eine neue Gesamtschule eingerichtet.

Was also tun, gegen eine Schulform, die schon in einigen Jahren die Schullandschaft dominiert hätte? Genau, das pädagogische Konzept vernichten, was hinter den Gesamtschulen steckt. Deshalb hat die Landesregierung ein, sich

Konzept schimpfendes, Programm „Vorfahrt für Bildung“ entwickelt. Dieses Papier sieht vor, das Abitur nach 12 Jahren auch an Gesamtschulen einzuführen. Das bedeutet, das Selektieren der Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule nun auch an Gesamtschulen.

Also dürfen Gesamtschulen nicht, wie bisher, Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichten, um so Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler zu sichern.

So hat die CDU mal wieder bewiesen, dass sie ihr primitives Menschenbild immer noch nicht abgelegt hat und weiter für eine ungerechte Klassengesellschaft kämpft. Man kann also den Teufel beim Namen nennen, der Niedersachsen höllisch regiert: Christian Wulff, Ministerpräsident für Niedersachsen.

Von Moritz Zimmer



Fußballturnier

Magnikirchplatz
Samstag 27. Juni,
Beginn 10.00 Uhr

Mannschaftsgröße: 3er-Teams

Getränke und Essen gibt es zu erschwinglichen Preisen.
Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung bis 24. Juni
bei Eva Voges:
SPD-Braunschweig
Tel. 0531-4 80 98-21
info@jusos-bs.de





Solare Zukunft für Braunschweig!

Die Verknappung und Verteuerung der Energierohstoffe muss auch zu einem Umdenken in den Kommunen führen. Mit festgesetzten Klimaschutzziele können sie einen Beitrag leisten, den Energieverbrauch vor Ort zu senken. Dabei ist der Ausbau erneuerbarer Energien ein sinnvoller und notwendiger Schritt.

Unserer Meinung nach sollten wir uns in Braunschweig schwerpunktmäßig auf den Ausbau und die Nutzung von Photovoltaik sowie Solarthermie konzentrieren. Einerseits ist hier das Ertragspotenzial im Vergleich zu anderen Trägern erneuerbarer Energien am größten. Andererseits werden diese Anlagen auf Hausdächern montiert: So kann in Ballungsräumen der knappe zur Verfügung stehende Raum optimal genutzt werden! Untersuchungen im Rahmen des Projekts „SUN-AREA“ haben gezeigt, dass insgesamt 1,9 km² Dachflächen in Braunschweig geeignet für die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie sind. Allein in der Stadt Braunschweig könnten jährlich rund 250 GWh Solarstrom erzeugt werden, wobei theoretisch über Photovoltaik etwa 70% des privaten Strombedarfs in Braunschweig abgedeckt werden könnte.

Wichtige Maßnahmen auf dem Weg zur nachhaltigen Energienutzung sind unserer Meinung nach:

>>> Die Einrichtung einer regionalen Energieberatungs- und Vernetzungs-institution, um die Kommunen in der Region Braunschweig zu beraten sowie diese mit den verschiedenen Energie-Akteuren zu vernetzen. Die Institution soll darüber hinaus auch Maßnahmen-vorschläge für die Förderung erneuer-barer Energien entwickeln.

>>> Die Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung für private Haushalte, Industrie und Gewerbe.

>>> Aufbau eines kommunalen Förder-programms zur finanziellen Unterstüt-zung privater Haushalte beim Ausbau von Photovoltaik- sowie Solarthermie-Anlagen.

>>> Entwicklung eines Handlungsplans zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden bis zum Jahre 2030 – Braunschweig muss mit gutem Beispiel voran gehen!

Sonja Krühn und William Labitzke

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeug Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße 8 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei William Labitzke (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
Jusos Stadt Braunschweig
www.jusos.bs.de
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809821
V.i.S.d.P.:
William Labitzke, Nadine Hermann
Druck: SPD Braunschweig
Auflage: 3.000 Exemplare

FAUST Gewinnspiel: Reise nach Berlin!

Löse das folgende Rätsel und trage die richtigen Buchstaben ins Zahlenfeld ein. **Der Gewinner erhält für den 29. Juni eine Reise nach Berlin.** Sendet die richtige Buchstabenkombination an: Jusos Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig, **Kennwort: FAUST-GEWINNSPIEL 2009** oder per E-Mail an: info@jusos-bs.de. Einsendeschluss ist der 21. Juli 2009 (Poststempel oder E-Mail-Eingang). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

1) Wer war SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl 1979?

D Gerhard Schröder
E Willy Brandt
F Konrad Adenauer

2) Wann fanden die ersten Europawahlen statt?

U 1979
V 1974
W 1983

3) Wann wurde die Montanunion gegründet?

R 1951
S 1955
T 1946

4) Mit welchem Motto trat die sozialliberale Koalition 1969 an?

M mehr Demokratie wagen
N Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität
O mehr Politik wagen

5) Wie viele Staaten gehören der EU an?

N 12
O 25
P 27

6) Wo ist der Sitz der Europäischen Zentralbank?

A Frankfurt am Main
B London
C Brüssel

Bitte Absender nicht vergessen:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
|---|---|---|---|---|---|

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

eMail: _____